

# Paris und Berlin müssen führen

**Kurt Biedenkopf** fürchtet um Europa und seine Rolle in der Welt.

Zwischen dem 6. und dem 13. Mai fanden in Europa vier Wahlen statt: zwei Landtagswahlen in Deutschland, die Parlamentswahlen in Griechenland und die Wahl des französischen Präsidenten. Die Ergebnisse sind in mehrfacher Hinsicht bedeutsam.

Im Norden Deutschlands wurde die bestehende CDU-FDP-Regierung abgelöst. Nordrhein-Westfalen brachte der CDU nach einer hoffnungsvollen Ausgangslage ihre bisher schwerste Niederlage. Norbert Röttgen scheiterte an seiner Weigerung, sich für Nordrhein-Westfalen und seine politische Erneuerung zu entscheiden. Für die Niederlage übernahm er die politische Verantwortung, weigerte sich jedoch, den Verlust seiner politischen Durchsetzungskraft als Umwelt- und Energieminister anzuerkennen. Deshalb musste die Kanzlerin ihn entlassen. Die Auswirkungen auf die Erneuerung der Energiearchitektur sind noch nicht vorhersehbar.

In Griechenland verloren die beiden großen Parteien einen wesentlichen Teil ihrer Wähler. Die Zahl der kleinen, zum Teil extremen Parteien im Parlament wuchs. Eine neue Regierung kam bisher nicht zustande. Neuwahlen sind für den 17. Juni geplant. Ob sie zu einer arbeitsfähigen Regierung führen werden, ist ebenso ungewiss wie die Durchführung der beschlossenen Sanierungspolitik und die weiteren finanziellen Hilfen für das Land.

In Frankreich haben die Wähler ihren bisherigen Präsidenten Nicolas Sarkozy durch den Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs, François Hollande, abgelöst. Viele Spekulationen begleiteten den Wahlkampf in den letzten Wochen. Die SPD in Deutschland träumt von einem sozialistischen Neubeginn in Europa. Inzwischen hat der französische Präsident die Kanzlerin in Berlin besucht. Man stellte Übereinstimmung in Grundfragen und fortwährende Meinungsunterschiede fest.

Historisch gesehen erscheint die Wahlentscheidung der Franzosen nicht frei von Ironie. Es waren ein sozialistischer französischer Präsident und ein konservativer deutscher Kanzler, die nach der friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung mit dem Vertrag von Maastricht den Grundstein für die Europäische Währungsunion legten. Heute sehen sich ein sozialistischer Präsident in Paris und eine konservative Kanzlerin in Berlin vor die Aufgabe gestellt, die bedrohlichen Folgen gemeinsam zu bewältigen, die von der Umsetzung dieser Entscheidung für das heutige Europa und seine gemeinsame Währung ausgehen.

Dass François Mitterrands langfristig gedachte Konzeption zu den heutigen Gefahren für Europa führte, ist nicht seine Schuld. Es waren sein konservativer Nachfolger Jacques Chirac und Helmut Kohl, die im Jahre 1998 gemeinsam den Weg freigaben für den Beginn der Europäischen Währungsunion, ohne die politischen und strukturellen Voraussetzungen einer gemeinsamen Währung zu sichern.

Heute ist eingetreten, was Mitterrand vermeiden wollte: Nicht Frankreich, sondern



Deutschland hat sich zur wichtigsten politischen Kraft in Europa entwickelt. Seine Sorge jedoch, das wiedervereinigte Deutschland könne sich der Integration in Europa entziehen, blieb gegenstandslos. Gleichwohl würde Mitterrand in der heutigen Situation eine Beeinträchtigung der Bedeutung Frankreichs sehen. Denn die Machtfragen zwischen den beiden Nachbarn werden heute nicht länger durch militärische, sondern durch die wirtschaftlichen Stärkeverhältnisse entschieden. Auf deren Entwicklung haben beide Staaten inzwischen jedoch immer weniger Einfluss. Auch Hollande wird die Erfahrung machen, dass die finanziellen Spielräume seiner Politik letztlich nicht in Paris, sondern durch die Finanzmärkte definiert werden. Berlin und Paris haben sich in

den letzten Jahrzehnten mit ihrer wachsenden Staatsverschuldung nicht nur finanziell, sondern auch politisch von ihren Gläubigern abhängig gemacht. Diese sind ihre „lender of last resort“ und begrenzen so ihre finanzielle Souveränität.

Diese selbst verursachte Abhängigkeit ist unabhängig von der politischen Ausrichtung der Akteure. Sie darf das Verhältnis zwischen Paris und Berlin nicht belasten. Darum wird es in den kommenden Monaten und Jahren gehen. Dabei sind die innenpolitischen Bedingungen für ein gemeinsames Handeln ungleich.

In Deutschland unterstützt die Bevölkerung die Stabilitäts- und Sparpolitik der Regierung. Die parteipolitischen Gegensätze werden durch einen generellen Grundkon-

sens begrenzt. Gemessen an den globalen wirtschaftlichen Entwicklungen und Risiken ist Deutschland gut aufgestellt. Deutschlands Schwäche liegt in möglichen Auswirkungen der kommenden Bundestagswahl. Spätestens nach der Sommerpause wird sie die innenpolitische Entwicklung beeinflussen. Die politischen Kosten „unbequemer“ Entscheidungen werden steigen. Werden sie vertagt, muss mit Reaktionen der Finanzmärkte gerechnet werden.

Die französische Regierung ist dank der klaren Wahlentscheidung gut aufgestellt. Die kommenden Parlamentswahlen werden die Stellung des Präsidenten stärken. Wirtschaftlich, aber auch sozialpolitisch wird er es schwerer haben. Denn Frankreich darf seine Bonität als Schuldner nicht gefährden. Damit sind zugleich einer schuldenfinanzierten Wachstumspolitik enge Grenzen gezogen. Die können nur durch strukturelle Reformen und Veränderungen überwunden werden. Politische Ziele wie der Aufbau eines neuen Mittelstands, neue Ausbildungs- und Sozialsysteme werden den Präsidenten innenpolitisch stärker binden, als dies bei Mitterrand der Fall war. Die deutsche Politik muss diese innenpolitischen Begrenzungen Hollandes respektieren. Aber sie darf die eigene innenpolitische Basis durch Nachgiebigkeit in der Euro-Frage nicht gefährden. Was bedeutet das?

Frankreich und Deutschland sind die Initiatoren der gemeinsamen Währung. Sie war ihr politischer Wille. Im Kern ist sie eine deutsch-französische Währung. Die damit

verbundene Verantwortung erfordert eine Annäherung vor allem in zwei Fragen: Ziel und Umfang weiterer Staatsverschuldung und Inhalt einer gemeinsamen Wachstumspolitik.

1. Die gegenwärtige amerikanische Politik, bestehende Probleme durch Ausbau der Staatsverschuldung zu lösen, ist für die EU ungeeignet. Anders als die US-Zentralbank kann die EZB die Bonität der Staatspapiere der Euro-Staaten nicht durch eine für die Bedienung der Gläubiger ausreichende Geldschöpfung sichern.

2. Strategien eines schuldenfinanzierten Wachstums scheiden für Europa aus. Die erhofften Ergebnisse müssen durch die Steigerung der strukturellen und institutionellen Leistungsfähigkeit der Staaten erarbeitet werden. Die höheren politischen Kosten sind zwar eine Belastung, aber kaum vermeidbar.

3. Frankreich und Deutschland müssen in der Euro-Krise die Führung übernehmen. Die derzeitigen EU-Strukturen werden den besonderen Erfordernissen der Krise nur bedingt gerecht. Sie müssen durch Vereinbarungen zwischen Frankreich und Deutschland ergänzt werden.

4. Das griechische Volk sollte am 17. Juni 2012 nicht nur über die Zusammensetzung der nächsten Regierung, sondern über den Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone und die damit verbundene Reform- und Sanierungspolitik abstimmen. Gegenwärtig droht die Regierbarkeit Griechenlands an der Verweigerung wesentlicher Teile der Eliten und der Überforderung der Bevölkerung zu scheitern. Die EU und insbesondere Frankreich und Deutschland müssen helfen, die verlorene Souveränität neu aufzubauen; ein Gebot europäischer Solidarität.

Aber nicht der Euro entscheidet letztlich über die Zukunft Europas. Die beiden Kernstaaten werden sich in den kommenden

Monaten auch über die längerfristigen Ziele der europäischen Entwicklung verständigen müssen. Dabei geht es zunehmend dringlicher auch um die Rolle Europas in der Welt und den Ein-

fluss, den Europa in der Welt beanspruchen sollte. Berlin und Paris sollten sich von der Einsicht leiten lassen, dass die Europäer in der Welt nicht nur eine Minderheit bilden, sondern zunehmend auch als solche wahrgenommen werden. In den Augen der Weltbevölkerung steht Europas Anspruch auf die Ressourcen der Welt in keinem begründbaren Verhältnis mehr zu den Leistungen, die Europa für die Welt erbringt. Dass Europa zur Lösung seiner innereuropäischen Probleme inzwischen rund 80 Prozent der Leistungen des IWF in Anspruch nimmt - und dies unter europäischer Geschäftsführung -, stößt deshalb bei den großen und bevölkerungsreichsten Staaten zunehmend auf Widerspruch. Denn mit den ursprünglichen Zielsetzungen des IWF ist dieser Anspruch kaum noch zu vereinbaren. Europa sollte den Widerspruch nicht länger ignorieren.

**„Im Kern ist der Euro eine deutsch-französische Währung.“**

**„Die Gläubiger begrenzen die finanzielle Souveränität.“**

**Der Autor war Ministerpräsident von Sachsen und CDU-Generalsekretär. [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)**